

Synoden*Beschluss*

zur Vorlage 1.2.5 | 4. Tagung der 17. Synode der EKvW in Bielefeld, 16. bis 20. November 2015

Gemeinsam für Klimagerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft

Wir bitten die Kirchenleitung bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass diese sich auf dem Klimagipfel dafür einsetzt, dass

- ein überprüfbares und für alle Staaten verbindliches Klima-Abkommen verabschiedet wird, welches die Erderwärmung auf 1,5° bis max. 2 °C (im Jahr 2100) begrenzt;
- verbindliche Schritte festgelegt werden, die ein post-fossiles Zeitalter ab Mitte dieses Jahrhunderts weltweit einleiten;
- ein transparenter Überprüfungsmechanismus mit regelmäßiger Bilanzierung und Bewertung verankert wird. Alle Staaten müssen ihre Klimaschutzpläne kontinuierlich ambitionierter gestalten und erfüllen. Die Hauptverursacher des Klimawandels müssen ihre Emissionen am schnellsten reduzieren.
- den ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern und Bevölkerungsgruppen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden (nach Expertenmeinung mindestens 100 Mrd. Euro ab 2020), um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen sowie sich an die Folgen des Klimawandels, die jetzt schon unvermeidbar sind, anzupassen.
- die ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder und Bevölkerungsgruppen eine ausreichende und verlässliche Unterstützung bei der Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste erfahren.

Wir bitten die Kirchenleitung bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass

- alle jetzt notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5 °C bis max. 2° C-Ziels in Deutschland konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört auch ein Fahrplan zum sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2040.
- ein nationales Klimaschutzgesetz verabschiedet wird, welches Planungssicherheit gibt, verbindliche Reduktionsziele und notwendige Rahmenvorgaben enthält und den Bund selbst mit seiner Beschaffung und seinen Immobilien in die Pflicht nimmt.
- unter breiter Beteiligung aller wichtigen Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein Plan zur sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende erarbeitet wird. Dieser Plan ist regelmäßig zu evaluieren und partizipativ weiterzuentwickeln. Dabei muss konsequent auf Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien gesetzt sowie Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Ebenso darf die klimaverträgliche Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur nicht länger vernachlässigt werden.

Die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Feststellung des Wortlautes durch die Kirchenleitung!

- Kohle importierende Unternehmen zu einer Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten angehalten werden. Die Kohle produzierenden Länder müssen beim Ausbau von Erneuerbaren Energien unterstützt werden. Daher sollte dafür gesorgt werden, dass die Bundesrepublik für Kohleverstromungs-Projekte in Drittländern keine Bürgschaften mehr gewährt.

Die Landessynode dankt allen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, die sich an der Umsetzung der „Klimaschutzstrategie EKvW 2020“ und dem ökofairen Beschaffungsprojekt „Zukunft einkaufen“ beteiligen. Sie ruft alle Kirchengemeinden, Kirchenkreise sowie Ämter und Werke auf,

- in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für die Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie den Klimawandel als Fluchtursache zu schärfen und politisches Handeln für Klimaschutz einzufordern;
- die neuen UN-Nachhaltigkeitsziele als Handlungsrahmen auch für das kirchliche Engagement in die Arbeit einzubinden;
- den Austausch über eine „Ethik des Genug“ und den Übergang zu einer schöpfungsträglichen, nachhaltigen Lebensweise zu befördern;
- ihre Anstrengungen weiter zu verstärken, die kirchlichen Klimaschutzziele zu erreichen;
- das kirchliche Beschaffungswesen konsequent klimafreundlich, ressourcenschonend und sozialverträglich / fair auszurichten;
- sich an der Fastenaktion für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit 2016 zu beteiligen;
- ökumenische Begegnungen verstärkt für einen Austausch zu Nachhaltigkeitsthemen zu nutzen.

Die Landessynode unterstützt den Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit. Sie dankt den Pilgerinnen und Pilgern und allen Mitwirkenden für ihr großes Engagement und bestärkt sie in ihrem Eintreten für ein gerechtes, rechtlich verbindliches Klimaabkommen.

Konsequenter Klimaschutz ist das Gebot der Stunde! Er verschafft unserer Welt mehr Gerechtigkeit, Entwicklungsperspektiven und sichert die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Paris muss zu einem politischen Wendepunkt werden, hin zu einer Weltgemeinschaft, die allen Menschen den Zugang zu ausreichender Energie ermöglicht, während Energieeffizienz und Erneuerbare Energien fossile Energieträger ersetzen.

Bielefeld, den 19. November 2015

<u>Ausschuss:</u> Tagungs-Berichtsausschuss	<u>Berichterstattung:</u> Synodale Schwerdtfeger Synodaler Breyer
<u>Vorlage:</u> Gemeinsam für Klimagerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft	

Mit Fassungslosigkeit blicken wir auf das abscheuliche und feige Massaker von Paris, einen Angriff auf unsere offene Gesellschaft mit ihren Freiheitsrechten. Wir trauern mit den Hinterbliebenen und beten für die Opfer.

In der vom Terror gezeichneten französischen Hauptstadt findet vom 30. November bis 11. Dezember der Weltklimagipfel statt. Es geht um viel, besonders darum, den Ärmsten und Schwächsten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Deshalb blicken wir gerade heute auch mit großer Hoffnung nach Paris. Mit einem wirkungsvollen Klimaabkommen kann ein starkes Zeichen – auch gegen den Islamistischen Terrorismus – gesetzt werden: Das Zeichen, dass die Weltgemeinschaft sich nicht mit Armut, Zerstörung, Flucht und Vertreibung abfindet, sondern gemeinsam einsteht für Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft aller Menschen.

Der Klimawandel schreitet – trotz eines Vierteljahrhunderts der Verhandlungen – ungebremst voran. Die ärmsten Länder, die am wenigsten dazu beigetragen haben, sind schon heute am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Der Klimawandel zerstört Leben, er untergräbt Entwicklung, verschärft und verfestigt Armut und treibt Millionen von Menschen in die Flucht. Der Klimawandel ist bereits heute eine der größten Fluchtursachen.

Mit Hoffnung blicken wir auf die Verhandlungen von Paris. Von Staaten, die lange Zeit die internationalen Klimaverhandlungen blockierten, kommen positive Signale.

Allerdings deuten die bereits im Vorfeld bekannt gewordenen Absichtserklärungen der Staaten bzgl. ihrer Reduktionsziele darauf hin, dass der Temperaturanstieg nicht wie erfor-

derlich auf 1,5 - 2 °C begrenzt werden kann, sondern immer noch auf einen globalen Anstieg von ca. 2,7 °C zusteuert.

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Wir bitten die Kirchenleitung bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass diese sich auf dem Klimagipfel dafür einsetzt, dass

- ein überprüfbares und für alle Staaten verbindliches Klima-Abkommen verabschiedet wird, welches die Erderwärmung auf 1,5° bis max. 2 °C (im Jahr 2100) begrenzt;
- verbindliche Schritte festgelegt werden, die ein post-fossiles Zeitalter ab Mitte dieses Jahrhunderts weltweit einleiten;
- ein transparenter Überprüfungsmechanismus mit regelmäßiger Bilanzierung und Bewertung verankert wird. Alle Staaten müssen ihre Klimaschutzpläne kontinuierlich ambitionierter gestalten und erfüllen. Die Hauptverursacher des Klimawandels müssen ihre Emissionen am schnellsten reduzieren.
- den ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern und Bevölkerungsgruppen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden (nach Expertenmeinung mindestens 100 Mrd. Euro ab 2020), um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen sowie sich an die Folgen des Klimawandels, die jetzt schon unvermeidbar sind, anzupassen.
- die ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder und Bevölkerungsgruppen eine ausreichende und verlässliche Unterstützung bei der Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste erfahren.

Deutschland steht als Land, dessen industrielle Vergangenheit viel zum bisherigen Klimawandel beigetragen hat, in einer besonderen Verantwortung. Gleichzeitig wird Deutschland als Land der Energiewende weltweit als Vorbild wahrgenommen. Es hat die Chance zu zeigen, dass konsequenter Klimaschutz in einem komplexen Wirtschaftssystem machbar und ein nationales Klimaziel von 80 - 95 % Treibhausgas-Reduktion bis 2050 erreichbar ist.

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Wir bitten die Kirchenleitung bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass

- alle jetzt notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5 ° C bis max. 2° C-Ziels in Deutschland konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört auch ein Fahrplan zum sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2040.
- ein nationales Klimaschutzgesetz verabschiedet wird, welches Planungssicherheit gibt, verbindliche Reduktionsziele und notwendige Rahmenvorgaben enthält und den Bund selbst mit seiner Beschaffung und seinen Immobilien in die Pflicht nimmt.
- unter breiter Beteiligung aller wichtigen Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein Plan zur sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende erarbeitet wird. Dieser Plan ist regelmäßig zu evaluieren und partizipativ weiterzuentwickeln. Dabei muss konsequent auf Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien gesetzt sowie Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Ebenso darf die klimaverträgliche Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur nicht länger vernachlässigt werden.
- Kohle importierende Unternehmen zu einer Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten angehalten werden. Die Kohle produzierenden Länder müssen beim Ausbau von Erneuerbaren Energien unterstützt werden. Daher sollte dafür gesorgt werden, dass die Bundesrepublik für Kohleverstromungs-Projekte in Drittländern keine Bürgschaften mehr gewährt.

Wir wissen: Die Herausforderungen des Klimaschutzes stellen unser an Wachstum und Ressourcenverzehr ausgerichtetes Wohlstandsmodell fundamental in Frage. Die Folgen unserer Konsum- und Produktionsmuster übersteigen längst die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde. Notwendig ist daher eine schöpfungsverträgliche, nachhaltige Lebensweise.

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Die Landessynode dankt allen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, die sich an der Umsetzung der „Klimaschutzstrategie EKvW 2020“ und dem ökofairen Beschaffungsprojekt

„Zukunft einkaufen“ beteiligen. Sie ruft alle Kirchengemeinden, Kirchenkreise sowie Ämter und Werke auf,

- in unserer Gesellschaft das Bewusstsein für die Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie den Klimawandel als Fluchtursache zu schärfen und politisches Handeln für Klimaschutz einzufordern;
- die neuen UN-Nachhaltigkeitsziele als Handlungsrahmen auch für das kirchliche Engagement in die Arbeit einzubinden;
- den Austausch über eine „Ethik des Genug“ und den Übergang zu einer schöpfungsverträglichen, nachhaltigen Lebensweise zu befördern;
- ihre Anstrengungen weiter zu verstärken, die kirchlichen Klimaschutzziele zu erreichen;
- das kirchliche Beschaffungswesen konsequent klimafreundlich, ressourcenschonend und sozialverträglich / fair auszurichten;
- sich an der Fastenaktion für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit 2016 zu beteiligen;
- ökumenische Begegnungen verstärkt für einen Austausch zu Nachhaltigkeitsthemen zu nutzen.

Die Landessynode unterstützt den Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit. Sie dankt den Pilgerinnen und Pilgern und allen Mitwirkenden für ihr großes Engagement und bestärkt sie in ihrem Eintreten für ein gerechtes, rechtlich verbindliches Klimaabkommen.

Konsequenter Klimaschutz ist das Gebot der Stunde! Er verschafft unserer Welt mehr Gerechtigkeit, Entwicklungsperspektiven und sichert die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Paris muss zu einem politischen Wendepunkt werden, hin zu einer Weltgemeinschaft, die allen Menschen den Zugang zu ausreichender Energie ermöglicht, während Energieeffizienz und Erneuerbare Energien fossile Energieträger ersetzen.